

**Niederschrift  
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26.07.2011**

**Sitzung Nr. 8 Ö am Dienstag, 26. Juli 2011**

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfeleiderer Susanne

Hanke, Dr. Paul Rehorst Tobias

Hecker Roland Rössler Beate

Heger Roman Runde Anneliese

Heger Rudi Schell Achim

Heim Andrea Speckert Ferdinand

Herling Michael Stegmüller Reino

Ittensohn Karl Vetter Theo

Klemenz Birgit Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Peter Dietz, Werner Kleiber, Harry Zorn  
Dr. Reiner Blank, Roland Vicedom (Fritz Planung GmbH,  
Bad Urach), Antje Landgraf, Alb-Architektur, Hülben,  
Otto Hemberger, Buchen (bei TOP 5);  
Dr. Ralf Determeyer (bei TOP 6)

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 22.10 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 15.07.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Die Herren Gemeinderäte Gerhard Haffner (Krankheit), Benjamin Speckert (Geschäftstermin)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergeht nachträglicher Glückwunsch zum Geburtstag von Gemeinderat Adolf Geider.

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö Tagesordnungspunkt: 1**

**Bekanntgabe der am 28. Juni 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.**

**Offenlage der öffentlichen Sitzungsprotokolle vom 28. Juni 2011 und 12. Juli 2011**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** gibt die folgenden Punkte aus der nichtöffentlichen Sitzung am 28.06.2011 bekannt:

- Einstellung des Badbetriebsleiters Daniel Kosanic
- Einstellung der Fachangestellten für Bäderbetriebe Daniele Mühlbaier

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö Tagesordnungspunkt: 2**

**Bestellung von Urkundspersonen**

**Ausführungen und Beschluss:**

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Walter Götzmann und für den nicht anwesenden Gemeinderat Gerhard Haffner Gemeinderat Dr. Paul Hanke als Urkundspersonen vorgeschlagen.

**Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö Tagesordnungspunkt: 3**

**Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung**

**Ausführungen und Beschluss:**

Es werden keine Wünsche oder Anfragen aus der Bevölkerung vorgetragen.

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö Tagesordnungspunkt: 4**

**Fassaden- und Grüngestaltungswettbewerb 2011**

**Preisverleihung für die bei der Preisgerichtssitzung am 31.05.2011 ermittelten Preisträger**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** weist in seinen einführenden Worten darauf hin, dass der Fassaden- und Grüngestaltungswettbewerb inzwischen im zweijährigen Rhythmus durchgeführt wird. Er dankt den Preisrichtern, die sich die angemeldeten Objekte angesehen haben und sich mit der Bewertung sowie der Punktevergabe auseinander setzen mussten. Er erinnert daran, dass bei den Bewertungskriterien vom Gemeinderat beschlossen wurde, auch energetische Aspekte einfließen zu lassen. Beim Fassadenwettbewerb konnten in den verschie-

denen Preisgruppen insgesamt 7 Preise vergeben werden. Beim Grüngestaltungswettbewerb war die Beteiligung sehr gering, weshalb keine Preise vergeben wurden. Anschließend übergibt **Bürgermeister Eger** unter dem Beifall des Gremiums und der Zuhörer die Preise an die anwesenden Preisträger.

---

Vor Eintritt in den nächsten Tagesordnungspunkt werden aus dem Gemeinderat folgende Geschäftsordnungsanträge gestellt:

**Gemeinderat Karl Ittensohn** stellt den Antrag, Tagesordnungspunkt 10 von der Tagesordnung zu nehmen und die Rahmenbedingungen in einer separaten Sitzung nichtöffentlich zu behandeln.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass die Zielsetzungen und Maßnahmen nichtöffentlich diskutiert und behandelt werden können, die Beschlüsse jedoch in öffentlicher Sitzung zu fassen sind.

**Gemeinderat Albert Weinlein** ist der Meinung, dass das Thema wegen des Interesses der Bevölkerung öffentlich beraten werden sollte. Deshalb stelle er den Gegenantrag, dass der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleibt und öffentlich behandelt wird.

**Gemeinderat Roland Hecker** stimmt dem Vertagungsantrag der Freien Wähler unter dem Aspekt zu, dass erst heute weitere Informationen in Form eines Aktenvermerks zugegangen sind. Deshalb sollten die Rahmenbedingungen zunächst noch einmal nichtöffentlich besprochen werden.

Auf entsprechende Nachfrage informiert **Bürgermeister Dr. Eger**, dass in dem Aktenvermerk eine Übersicht über die auf dem Markt befindlichen Verkaufsangebote für Grundstücke in den Sanierungsgebieten enthalten sind; dies sei von einer Fraktion gewünscht worden. Dieser Aktenvermerk sei heute an die Fraktionsvorsitzenden per E-Mail zugestellt worden. Allerdings sei wegen der Krankheit des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der CDU St. Leon-Rot die Information nicht zugegangen. Künftig werde man solche Informationen allen Gemeinderäten zukommen lassen.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den Antrag der Freien Wähler, den Tagesordnungspunkt noch einmal zurück zu stellen, zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat stimmt dem Antrag mit 16 Ja-Stimmen, bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen, zu.**

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass die Thematik auch wegen der damit verbundenen Grundstücksangelegenheiten zunächst nichtöffentlich behandelt werden soll. Er äußert jedoch auch Verständnis dafür, dass die Bevölkerung Interesse daran hat, über die vorgesehenen Maßnahmen informiert zu werden, weshalb eine öffentliche Beratung folgen werde.

---

**Gemeinderat Albert Weinlein** stellt für die Fraktion der CDU St. Leon-Rot den Geschäftsordnungsantrag, Tagesordnungspunkt 11 von der Tagesordnung zu nehmen. Als Begründung verweist er auf den Antrag seiner Fraktion anlässlich der Haushaltsberatungen, in dem beantragt wurde, im Gemeindezentrum ein zentrales Gebäude für eine Zwei-Feld-Sporthalle, ein Jugendzentrum und eine zentrale Bücherei zu errichten. Bei dem auf der Tagesordnung stehenden Punkt gehe es um die Nachfolgenutzung des Schwimmbades in Rot, in dessen Rahmen auch über eine Multifunktionshalle entschieden werden soll. Es müsse vor dieser Entscheidung erst über die beantragte große Lösung neben dem neuen Hallenbad beraten und entschieden werden. Über den Bedarf einer weiteren Sporthalle könne dann erst anschließend geredet werden. Er stellt die den Vereinen in den Ortsteilen zur Verfügung stehende Hallenfläche gegenüber, die seiner Meinung nach ein Ungleichgewicht zugunsten des Ortsteils Rot ergebe. Darauf basierend stelle seine Fraktion den Antrag, sei aber bereit über die restlichen Punkte des Tagesordnungspunktes zu entscheiden, wenn die Sporthalle ausgeklammert werde.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** spricht sich gegen die Absetzung des Tagesordnungspunktes mit dem Hinweis aus, dass dieser bereits mehrmals vertagt wurde. Es bestehe Bedarf, das Konzept der Gemeindeverwaltung hinsichtlich des Hortes umzusetzen, zumal es Zeitdruck gebe. Auf die Zuordnung der Hallenflächen von Gemeinderat Weinlein eingehend, erklärt **Gemeinderat Ittensohn**, dass die Sportflächen des „Harres“ unberücksichtigt blieben und außerdem in St. Leon ein Gymnastikraum beschlossen wurde.

**Gemeinderat Roland Hecker** erinnert an den Antrag seiner Fraktion hinsichtlich des Jugendzentrums, der bei der Vorlage ebenfalls nicht berücksichtigt wurde. Wegen der Dringlichkeit des Schülerhortes sollte dieser Bereich heute behandelt werden. Hinsichtlich der anderen Objekte sehe seine Fraktion nur die Möglichkeit, diese als Gesamtlösung an zentraler Stelle zu behandeln und zu entscheiden. Deshalb könne seine Fraktion dem Antrag der CDU St. Leon-Rot zustimmen.

**Gemeinderätin Andrea Heim** erinnert daran, dass am kommenden Freitag die Möglichkeit bestehe, die Modulbauweise bei der Einrichtung im Gewerbepark zu betrachten. Für diese spreche, dass man flexibel und schnell bauen könne. Bezüglich der anderen Objekte sei sie der gleichen Meinung wie die FDP- bzw. die Fraktion der CDU St. Leon-Rot.

**Bürgermeister Dr. Eger** erinnert hinsichtlich der im Ortsteil Rot vorgesehenen Gymnastikhalle an die ersten Entwürfe, die diese enthalten haben. Man sehe auch, dass die Meinungen da auseinandergehen und könne sich auch ein Gesamtpaket vorstellen. Das vordringliche Thema sei die Kinderbetreuung, das zuerst beraten werden sollte. Man befinde sich in einer frühen Planungsphase, in der entschieden werden könne, wo was realisiert werde. Auf diese Entscheidung basierend können konkrete Planungsentwürfe erstellt werden.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** spricht die offene Schulentwicklung an, die durch die Platzierung der

Werkrealschule dazu geführt habe, dass in Rot weitere Hallenkapazität benötigt wird. Er spricht sich für seine Fraktion für die Behandlung des Tagesordnungspunktes am heutigen Abend aus.

**Bürgermeister Dr. Eger** ist der Meinung, dass man den Tagesordnungspunkt behandeln sollte. Dann könne im Laufe der Beratung entschieden werden, ob die Multifunktionshalle geplant wird oder nicht. Weiter werde der Verwaltung geholfen, den Bereich der Kinderbetreuung weiter zu entwickeln, bei dem es am meisten dränge.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt die Frage, ob der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung genommen wird, zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat fasst mit 10 Ja-Stimmen, bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, den Beschluss, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen.**

**Gemeinderat Michael Herling** stellt für die FDP-Fraktion den Antrag, Tagesordnungspunkt 12 zu vertagen. Entgegen der Vorlage, die nur die Variante 3 betrachte, wolle seine Fraktion auch die Variante 1 einbezogen wissen. Die Variante 2 werde nicht weiter verfolgt. Seine Fraktion sehe noch eine Variante 4, bei der eine Querungshilfe am Ende der Bebauung auf den Radweg der verlängerten Kirrgasse umfasse. Wegen der geschätzten Kosten von rund 100.000 € sei es aus Sicht seiner Fraktion möglich, eine günstigere Lösung auch hinsichtlich der Folgekosten zu finden.

**Gemeinderat Albert Weinlein** erklärt für seine Fraktion, dass der Tagesordnungspunkt vertagt werden sollte, um eine bessere Aufbereitung zu gewährleisten.

**Gemeinderat Siegfried Köck** spricht sich für die Behandlung bei der heutigen Sitzung aus. Der neu eingebrachte Vorschlag schaffe aus Sicht seiner Fraktion einen neuen Gefahrenpunkt, bei Variante 2 müssten die derzeitigen Parkplätze entfallen, weshalb die Variante 3 behandelt werden soll.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den Antrag, Tagesordnungspunkt 12 von der Tagesordnung zu nehmen, zur Abstimmung.

**Die Abstimmung ergibt 10 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.**

**Damit ist der Vertagungsantrag wegen Stimmengleichheit abgelehnt.**

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 5**

**Initiative der Gemeindeverwaltung zur**

- Reduzierung von CO<sup>2</sup>
- Ausnutzung regenerativer Energien
- Umwelt und Klimaschutz

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** begrüßt die Vertreter der Fritz Planungs-GmbH sowie Frau Antje Landgraf und erteilt Ortsbaumeister Dietz das Wort zur Einführung.

**Ortsbaumeister Dietz** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die Herren **Dr. Reiner Blank** und **Roland Vicedom** erläutern das Modellkonzept „Kommunale Klimaschutzinitiative“ anhand der dem Protokoll beigefügten Power-Point-Präsentation und gehen dabei auf die Ziele ein. Die bisher von der Gemeinde durchgeführten Maßnahmen werden aufgelistet und die möglichen weiteren dargestellt. **Dr. Blank** weist dabei in seinen Ausführungen darauf hin, dass er für die Zukunft die Geothermie als wichtige Säule der Energieversorgung sehe.

**Herr Vicedom** erklärt in seinem Sachvortrag, dass Geothermie in St. Leon-Rot vorstellbar sei und verweist dazu auf den in der Folie 35 mittels eines Stern dargestellten Ort einer möglichen Geothermie-Bohrung. Dieser befindet sich südöstlich des St. Leoner Sees im Bereich der Gewanne Schleichen bzw. Stegwiesen.

**Bürgermeister Dr. Eger** dankt den Referenten für die Informationen und weist auf die von der Gemeinde bereits durchgeführten Maßnahmen und Projekte wie bei den Schulen, den Sporthallen, dem neuen Hallenbad, dem Harres und dem St. Leoner See hin.

**Ortsbaumeister Peter Dietz** erwähnt in seinem Ausblick, dass die Gemeinde weiter im Rahmen des „Konvents der Bürgermeister“ aktiv sein werde und die Ergebnisse einbringen wird. Weiter werde die Klimaschutzinitiative der Öffentlichkeit über eine Präsentation auf der Homepage der Gemeinde vermittelt. Gleiches gelte für die Projekte „Sunarea“ und „Konvent der Bürgermeister“, die dazu dienen sollen, den Bürgern zu zeigen, was er selbst in seinem Bereich beitragen kann. Er weist aber darauf hin, dass die Kapazitäten der Verwaltung hinsichtlich der Präsentation begrenzt sind.

**Dr. Blank**, Fritz Planungs-GmbH, informiert, dass das BMU die Stelle eines Projektleiters finanziell unterstütze, aber nicht komplett abdecke.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Siegfried Köck** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Herr Bürgermeister Eger, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank auch an Herrn Dietz für diese Aktivitäten im Bereich regenerativer Energien, besonders auch für sein Engagement und auch dem gesamten Team, Herr Dietz, ich weiß nicht wer da alles mitgearbeitet hat, aber in der Unterstützung und Mitarbeit bei diesem für unsere Fraktion doch seit Jahren so wichtigen Thema.

Wir möchten, unserer Fraktion ist es sehr wichtig, dass wir auch diese Themen umsetzen. Wir haben ja auch, wie Sie alle wissen, zahlreiche Anträge gestellt. Der jüngste liegt 2010 vor, in dem Punkte drin sind zur CO<sup>2</sup>-

Reduzierung. Zum Konvent der Bürgermeister ist es ja das Ziel bis 2020 den CO<sup>2</sup>-Ausstoß in einer ganzheitlichen Betrachtung um 20 % zu reduzieren. Da war einfach in der Diskussion bei der Fraktion die Frage, wo stehen wir heute, was müssen wir eigentlich tun, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das wäre zu beantworten, zum Einen. Aus unserer Sicht muss die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes mit einem klaren Energieaktionsplan als Grundlage unser Ziel sein und findet hierbei, wie die Verwaltung auch vorgeschlagen hat, unsere volle Unterstützung. Zum Punkt Geothermie haben wir ja gehört, Geothermie ist sehr empfehlenswert, zumindest diese mittelfristige Nutzung der oberflächennahen Geothermie. Wir sehen ebenso wie die Verwaltung eine umfangreiche Machbarkeitsstudie für notwendig an, damit wir keine Störungen der Grundwasserströme und Setzungen in Folge haben. Denn davon möchten wir uns schützen und bewahren. Wir beauftragen daher die Verwaltung, die Kosten der wichtigen Untersuchungen in Zukunft darzulegen. Das Potential wurde ja kurz gezeigt, das sind immerhin 2.341 t CO<sup>2</sup>-Einsparung. Eine Frage an die Experten: Die Bohrung, die am St. Leoner See erfolgen soll, wäre die Frage, wem gehören dann diese Wasserschichten? Ist zu beantworten, wir wissen es nicht. Vielleicht im Nachhinein grad mal mitnehmen, wem gehören diese Wasserschichten.

Die Biomasse, Biogas ist natürlich auch aus der Studie der bundesweiten Statistik in unserer Gemeinde als sehr ländliche Region absolut geeignet, einen Ausbau mittelfristig zu realisieren. Die Vorteile wurden in unserem Antrag auch dargelegt, nämlich das Potential eben der CO<sup>2</sup> neutralen Verbrennung durch Holzhackschnitzel, verschiedene Kontraktor-Modelle und die Kaufkraft bleibt in der Region. Namhafte Firmen werden auf diesen Weg in der Region gehen. Die Potentiale sind groß in unserer Gemeinde. Wind- und Wasserenergie sind nicht so geeignet. Deshalb möchten wir hierbei kurz- bis mittelfristige Projekte auch umsetzen. Die vorgeschlagenen Machbarkeitsstudien sind vorzulegen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit, Herr Dietz, wie die schnelle Umsetzung auf der Homepage, begrüßen wir sehr, denn das sehen wir unter Bürgernähe, wo die Bürger sich dann informieren können.

Wir freuen uns auch sehr, dass es uns gelungen ist, unserem neuen Hallenbad einen fast Passivhaus-Standard zu erzielen. Nämlich 100 KW-Photovoltaik, erzielen grad für die Zuhörer, ich hab da recherchiert, pro qm 100 Kilo CO<sup>2</sup>-Einsparung. Gehen wir in den thermischen Bereich, dann sind es immerhin 136 Kilo und es ist immerhin was für unsere Gemeinde, da können wir uns sehen lassen.

Herr Eger, Sie haben es angesprochen, viele Projekte wurden bereits gestartet. Die Wärmedämmung, ein hohes Potential, besonders wenn wir diese Balken sehen an unseren Schulen, wie Mönchsberg- und Parkingschule und Sporthallen, sind positive Beispiele und die möchten wir weiterhin verfolgen und unsere öffentlichen Gebäude modernisieren. Das spart unserer Gemeinde mittelfristig viel Geld im Energieverbrauch. Zu den LED-Lampen im Pilot Hohe-Buch-Ring, Feuerwehrhaus und Kirrlacher Straße ist nur Positives zu sehen. Da wäre auch mal wichtig, wie sieht es da mit der Energiebilanz aus nach der Bewertung. Was ist in unserer Gemeinde die nächste Energieform nach der Natriumdampfampe, wäre uns auch sehr wichtig.

Deshalb unterstützen wir voll und ganz als Freie Wähler den Beschlussvorschlag.

Abschließend noch eine Bemerkung: Wir sind der Meinung, dass Herr Dietz mit seinen vielfältigen Aufgaben an die Grenzen seiner Ressourcen angelangt ist. Er macht die Arbeit hervorragend und deshalb meinen wir als Fraktion, müssen wir mittelfristig hier eine Fachkraft entwickeln, sei es durch intelligente Personalmaßnahmen oder vielleicht auch durch eine Neueinstellung, um diesen eigenen Komplex Energiemanagement in unserer Gemeinde zu schaffen. Wesentliche Aufgaben, grad mal als Beispiel wie die Erarbeitung von Standards, Richtlinien, Durchführung von Einsparprogrammen an Schulen und öffentlichen Einrichtungen, oder Kommunikation für unsere Bürger sind nur einige Beispiele, die ich jetzt hier nennen möchte. Vielleicht wäre es auch nett oder angebracht, wenn die Fraktionsvorsitzenden von dieser wichtigen Power-Point-Präsentation ein Exemplar erhalten könnten. Das wäre ganz geschickt für die weitere Arbeit. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Gemeinderat Albert Weinlein** weist darauf hin, dass zu splitten sei zwischen von der Kommune direkt oder nur indirekt beeinflussbaren Bereichen. Im direkten Bereich sei die Gemeinde bereits sehr aktiv gewesen, so dass relativ wenig Potential bleiben werde. Wegen der vorgesehenen Abschaltung der Kernkraftwerke gewinnen es an Bedeutung, Energie alternativ zu erzeugen. Langfristig betrachtet sei für ihn die Überlegung bedeutend, eventuell eigene Stadtwerke zu betreiben, weil diese die Möglichkeit geben, alternative Energieformen, wie z.B. die Geothermie zu verfolgen. Abschließend weist er auf einen Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung über eine Sitzung des Walldorfer Gemeinderats hin, in der der Grüne Weisbrod angeregt habe, als Standort für Windkraftanlagen das Roter Bruch vorzusehen. Er sei darüber erstaunt und in dem Zusammenhang der Meinung, dass sich Walldorf auf seine Gemarkung beschränken solle.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke** spricht die in der Ausarbeitung enthaltenen möglichen Maßnahmen an, die nicht alle in St. Leon-Rot umgesetzt werden können. Er halte es für den Gemeinderat allerdings für interessant, ob sich die Studie befasste mit den Aufwendungen für ein Geothermieprojekt und den Kosten für eine Kilowattstunde, die an den Verbraucher abgegeben wird. Da er die Studie noch nicht habe lesen können, sei es auch schwierig zu beurteilen, welche Maßnahmen überhaupt umgesetzt werden können. Er fragt weiter, ob die umliegenden Geothermieprojekte, die im Nordelsaß, Landau und Bruchsal in Betrieb sind, ohne Probleme laufen.

**Bürgermeister Dr. Eger** spricht die Studie an, die den Fraktionsvorsitzenden als CD hätte zugeleitet werden sollen, was nicht geschehen ist. Bei der Ausarbeitung gehe es zunächst um eine Bestandsaufnahme, die Grundlage für konkretere Untersuchungen sein kann.

Die Studie ist dem Protokoll als CD beigelegt. (Die CDs werden von Herrn Dietz in der Sitzung an die Fraktionsvorsitzenden ausgegeben.)

**Dr. Blank** weist in seiner Antwort darauf hin, dass die Tiefengeothermie je nach Ausformung 50 bzw. 30 Millionen kostet. Er informiert, dass die genauen Daten der Studie zu entnehmen sind. Auch das Grundwasser könne - entsprechend vorsichtig gehandhabt - als Basis zur Wärmeabgewinnung dienen.

**Bürgermeister Dr. Eger** ist hinsichtlich der Tiefengeothermie skeptisch und verweist dazu auf die negativen Erfahrungen in Brühl und Landau. Er informiert hinsichtlich der Aussage von Gemeinderat Weinlein, dass sich die Stadt Walldorf in ein Windkraftprojekt eingekauft habe. In dessen Zusammenhang sei von dem Grünen-Gemeinderat Weisbrod ein Windkraftstandort im Roter Bruch ins Gespräch gebracht worden.

**Ortsbaumeister Dietz** beantwortet die Frage nach dem Konvent der Bürgermeister, bei dem zunächst geklärt werde, von welcher Zeitbasis aus die CO<sub>2</sub>-Einsparung berechnet werde.

**Dr. Blank** geht auf die erzielte Einsparung ein, die auf der Basis von 1990 berechnet schon heute 16-17 % betrage. Der überwiegende Teil daraus resultiere aus der Photovoltaik. Er informiert weiter, dass für die Nutzung der Geothermie bei einer Bohrtiefe bis 100 Metern beim Landratsamt, bei tieferer Bohrung beim Landesbergamt in Freiburg zu beantragen ist. Dort werden auch die erforderlichen Genehmigungen für Bohrung, Nutzung etc. erteilt. Er sehe die für St. Leon-Rot vorteilhafte Geothermie nicht kurzfristig, aber mittelfristig bis ca. 2035 als alternative Energiequelle an.

**Gemeinderätin Andrea Heim** moniert den Umfang des Berichtes und ist der Meinung, dass in einer Ausschuss-Sitzung die Punkte hätte behandelt werden sollen, die unter dem Blickpunkt Kosten und Nutzen für St. Leon-Rot umsetzbar sind. Positiv sei die vorgesehene Information der Bevölkerung über die Internetseite der Gemeinde genauso zu sehen, wie den hohen Standard, den die Gemeinde bereits bei den eigenen Gebäuden erreicht habe.

**Bürgermeister Dr. Eger** erläutert, dass zunächst die Punkte abgearbeitet werden, die innerhalb des Rahmens der Förderung liegen und auf denen aufgebaut werden könne.

**Dr. Blank** beantwortet die nach dem Stand bei den Anlagen in der Umgebung gestellte Frage, wonach Landau mit etwa 60-70 % Leistung fahre, um weitere sogenannte „seismische Ereignisse“ zu vermeiden. Dies sei allerdings eine Besonderheit in Landau, wo das entnommene Wasser wieder mit Druck in die Erde injiziert wird. Bruchsal laufe bis auf eine Pumpe problemlos, diese werde ersetzt. Er berichtet von erfolgreichen Projekten, die im Umfeld von München betrieben werden, die im Endausbau 40 Megawatt Wärme und ca. 3 Millionen Megawatt Strom abgeben werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** berichtet von aktiven Bürgerinitiativen zum Beispiel in Brühl, so dass solche Anlagen keine Selbstläufer mehr sind.

**Gemeinderat Rudi Heger** geht auf die bereits von der Gemeinde durchgeführten Maßnahmen hinsichtlich ihrer Gebäude ein und signalisiert die Unterstützung seiner Fraktion bei der Durchführung weiterer Maßnahmen.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** äußert die Meinung, dass die Gemeinde hinsichtlich ihrer Gebäude noch einiges tun könne. Er spricht dabei die Photovoltaik an. Er erinnert daran, dass es bei innovativen Projekten auch immer Gegenströmungen in der Bevölkerung gebe.

**Gemeinderat Albert Weinlein** weist darauf hin, dass die Landesregierung in der Vergangenheit bereits die Claims vergeben habe und es der Gemeinde deshalb kaum möglich sei, hinsichtlich Tiefengeothermie aktiv zu werden.

**Dr. Blank** beantwortet die Frage mit dem Hinweis, dass zunächst ein Antrag auf Nutzung der Erdwärme beim Landesbergamt zu stellen ist. Werde dann nichts unternommen, werde der sogenannte Claim wieder frei und könne von anderen genutzt werden. Dies bedeute, dass die Claims nicht auf ewige Zeiten vergeben sind.

**Gemeinderat Albert Weinlein** äußert seine Meinung, dass die Gemeinde sich Claims sichern sollte, damit sie in 10 bis 20 Jahren handeln könne.

**Dr. Blank** weist darauf hin, dass der Studie eine Karte beigelegt ist, aus der zu entnehmen ist, dass St. Leon-Rot noch einen Antrag stellen kann, weil das Feld seines Wissens nach derzeit frei ist. Allerdings müsse dann in absehbarer Zeit Geld für eine Machbarkeitsstudie ausgegeben werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass es heute nicht darum gehe, konkrete Maßnahmen bei der Geothermie festzulegen oder anzugehen. Dies sei künftigen Beratungen vorbehalten.

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 6**

**Dena-Aktionsprogramm „effizient mobil“- Mobilitätsmanagement-Erstberatung (Grobkonzept für CO<sub>2</sub>-Reduktion Verkehr); hier: Endbericht**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und begrüßt den Referenten Dr. Ralf Determeyer, „effizient mobil“.

**Dr. Ralf Determeyer** hält Sachvortrag entsprechend einer Power -Point- Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigelegt ist. Er geht dabei auf das Potential ein, CO<sub>2</sub> zu reduzieren, zeigt die bereits in Angriff genommenen Konzepte und präsentiert weitere Konzeptvorschläge.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass in den nächsten drei Jahren 10 % CO<sub>2</sub> eingespart und trotzdem die Mobilität der Bevölkerung erhalten bleiben soll. Ziel sei weiter bessere

Umweltbedingungen und eine bessere Wohnqualität zu erreichen. Aus Verantwortung gegenüber der örtlichen Bevölkerung und den Menschen auf der Welt sei es notwendig, soweit möglich vorgeschlagene Projekte aufzugreifen und umzusetzen. Wichtig sei ihrer Fraktion auch, dass Anregungen, die die Bürgerschaft selbst umsetzen kann, schnell als Information auf der Internetseite der Gemeinde erscheinen. Ihre Fraktion stelle den Antrag, dass sich Gemeinderat und Verwaltung dem Thema auf der Basis des vorhandenen Grobkonzepts weiter widmen und dazu die notwendigen Mittel in den Folgehaushalten bereitgestellt werden. Sie fragt den Bürgermeister, ob in der Verwaltung Mitarbeiter vorhanden sind, um dieses Konzept in den nächsten Jahren auszuführen.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass er dies deswegen nicht konkret beantworten könne, weil es auch darauf ankomme, wie intensiv das Thema bearbeitet wird. Hilfreich sei es auf jeden Fall, wenn personelle Kapazitäten bereitgestellt werden. Der jetzt damit befasste Mitarbeiter könne dies nicht allein bewältigen, weil er mit anderen Aufgaben befasst ist.

**Gemeinderat Albert Weinlein** sagt in seiner Stellungnahme, dass die Kommune schon aktiv war und ist. Er nennt als Beispiel den ÖPNV, auch wenn es da noch Optimierungsmöglichkeiten gebe. Ein weiterer Aspekt sei der Bürger, der durch sein Verhalten auch zur Reduktion des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes beitragen kann. Hier könne die Gemeinde nur durch Information und Ansprache beeinflussen. Er geht abschließend auf die mit den hohen Fahrleistungen auf der Autobahn zusammenhängenden Belastungen ein und erklärt, dass hier im Bereich Lärm und CO<sup>2</sup>-Ausstoß durch das Reduzieren der Fahrgeschwindigkeit Wesentliches erreicht werden kann. Er schlägt vor, dass die Gemeinde hinsichtlich der Reduzierung der Geschwindigkeit auf 100 km/h aktiv wird.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass dieses Thema vor der Landtagswahl intensiv mit dem Staatssekretär Dr. Scheuer, Bundesverkehrsministerium, besprochen wurde. Inzwischen habe ein Termin im Regierungspräsidium stattgefunden und die Verwaltung beabsichtige, den Gemeinderat nach der Sommerpause über den neuesten Stand zu informieren. An diesem für die Gemeinde und auch für ihn wichtigen Thema müsse man dranbleiben und versuchen „dicke Bretter“ zu bohren.

**Gemeinderat Theo Vetter** vermisst in dem Bericht Aussagen darüber, dass durch die außerhalb der Ortslagen liegenden Einkaufszentren etc. massiv Kurzfahrten mit entsprechendem CO<sup>2</sup>-Ausstoß verursacht werden. Es wäre hilfreich gewesen, wenn die Studie die daraus resultierenden Zahlen beinhaltet hätte.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass die Situation mit den Einkaufsmärkten in St. Leon-Rot noch günstig ist, während andere Kommunen froh wären, wenn die Einkaufsbereiche so nahe liegen würden.

**Gemeinderat Rudi Heger** verweist auf die Maßnahmen im Bereich des ÖPNV, für die die Gemeinde viel Geld investiert habe. Er müsse der Aussage widersprechen, mehr Stellplätze für Park- und Ride-Nutzer zur Verfügung zu stellen, weil dadurch die Nachfrage bei der Busbenutzung reduziert werde. Es müsse vielmehr Ziel sein, mit dem Bus jede S-Bahn am Bahnhof Rot/Malsch zu erreichen, um den motorisierten Individualverkehr zu vermindern.

**Dr. Determeyer** weist in seiner Antwort darauf hin, dass es für ihn besser sei, Autofahrer zur Park- und Ride-Anlage zu führen, als wenn diese weiter komplett mit dem Auto fahren.

**Gemeinderat Walter Götzmann** stellt an Dr. Determeyer gerichtet fest, dass in dem Endbericht keine Aussage zur E-Mobilität enthalten ist, was er als Manko betrachte.

**Dr. Determeyer** antwortet, dass er sich bei diesem Thema zurückgehalten habe, dieses allerdings künftig stärker in den Vordergrund treten werde.

**Gemeinderat Tobias Rehorst** fragt nach, wann der letzte Antrag zur Reduktion der Geschwindigkeit auf der A 5 gestellt wurde und weiter, wer einen Antrag zu stellen habe.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass die Gemeinde keinen Antrag stellen, sondern nur anregen könne, die Geschwindigkeit zu reduzieren. Dies sei vielmehr Aufgabe der zuständigen Verkehrsbehörde.

**Bürgermeister Dr. Eger** dankt dem Referenten Dr. Determeyer für die Darstellung. Er stellt fest, dass der Gemeinderat den vorliegenden Endbericht zur Kenntnis genommen hat.

---

Vor Eintritt in den nächsten Tagesordnungspunkt stellt **Gemeinderat Karl Ittensohn** den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen, damit die wegen dieses Punktes anwesenden Zuhörer nicht unverrichteter Dinge nach Hause gehen müssen, weil der Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung nicht aufgerufen wird.

Nach seinem Hinweis, dass heute nicht behandelte Punkte in der morgigen Fortsetzung der Sitzung beraten und entschieden werden können, stellt **Bürgermeister Dr. Eger** den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen, bei 9 Enthaltungen, den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen.**

**Sitzung am: Dienstag, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 7**

**Bebauungsplan „St.Leoner See, Teil 1, 2. Änderung“**

- 1. Beratung und Beschlussfassung zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach §3 Abs. 1 BauGB sowie der vorgezogenen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen**
- 2. Weiteres Verfahren**



**Ausführungen und Beschluss:**

Nach einführenden Worten von **Bürgermeister Dr. Eger** hält **Ortsbaumeister Dietz** Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** verweist auf die bisherige Beratung des Bebauungsplanes und erklärt, dass im Bereich P auf Mobilheime verzichtet werden solle, um den im Regionalplan ausgewiesenen Grünzug nicht zu behindern. Er könne sich vorstellen, Mobilheime im vorderen Bereich zu realisieren, wo der Bereich eventuell erweitert werden kann. Im Bereich E sollten Wohnwagen vorgesehen werden, die nicht permanent dort stehen. Dies sollte entsprechend geändert werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass der Verlauf des Grünzuges bekannt war, der allerdings nicht grundstücksscharf dargestellt ist. Deswegen habe man einen Ortstermin mit dem Verband Region Rhein-Neckar durchgeführt, bei dem erreicht wurde, dass die Probleme zurückgestellt und Zustimmung signalisiert wurde. Beim Ortstermin sei auch zu sehen gewesen, dass Mobilheime wegen des abfallenden Geländes vom äußeren Weg her kaum zu sehen sind.

**Ortsbaumeister Dietz** erläutert die örtliche Situation anhand des Auszuges aus dem Regionalplan und stellt den Verlauf des regionalen Grünzuges dar.

**Gemeinderat Achim Schell** signalisiert die grundsätzliche Zustimmung zum vorgelegten Bebauungsplan. Er spricht die links des Eingangs liegenden Mobilheimplätze an und fragt, ob die dortige Situation geändert werden soll. Er regt weiter an, das Baufenster N, das für den Kiosk vorgesehen ist, Richtung Eingang 2 zu verlegen; dies sei der Wunsch des Betreibers.

**Ortsbaumeister Dietz** weist darauf hin, dass dies wegen der dort fehlenden Infrastruktur nicht möglich ist. Man benötige für den neuen Standort neben Wasser und Abwasser auch eine Zufahrt für kleinere Lkws die anliefern. Weiter kommt hinzu, dass am neuen Standort wegen der Tieflage ein Hebewerk für das Abwasser benötigt werden würde.

**Betriebsleiter Braun** erklärt, dass der angesprochene Bereich für die Zukunft entsprechend ausgewiesen wird. An der derzeitigen Situation soll seitens der Seeverwaltung nur etwas geändert werden, wenn es sich durch die Pächter ergibt.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderat Dr. Paul Hanke** wird informiert, dass es sich um Mobilheime handelt, die stationär aufgestellt werden.

Die Gemeinderäte Michael Herling und Andrea Heim stimmen für ihre Fraktionen dem Bebauungsplan zu.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** signalisiert Zustimmung, bittet jedoch die Beschlusspunkte jeweils einzeln zur Abstimmung zu stellen.

**Bürgermeister Dr. Eger** geht auf die Bedenken ein und erklärt, dass als Kompromissvorschlag die Begründung der Dächer der Mobilheime vorgeschlagen werde und damit sicher auch den Bedenken des Regionalverbandes Rechnung getragen wird.

Auf die Frage von **Gemeinderat Walter Götzmann**, ob der Pächter des Kioskes rechtzeitig informiert wurde, verweist **Bürgermeister Dr. Eger** auf die bisherigen Kontakte mit der Gemeindeverwaltung und dem Gemeinderat.

**Gemeinderätin Beate Rössler** begrüßt, dass ein Bolzplatz ausgewiesen ist, der bei Realisierung eingezäunt werden sollte.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** erklärt, dass man den Kompromissvorschlag akzeptieren könne. Er weist allerdings darauf hin, dass keine weiteren Bauvorhaben im Grünzug erfolgen sollten.

**Bürgermeister Dr. Eger** schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Im Bereich E ist bei den Mobilheimen eine Dachbegrünung vorzusehen. Im Bolzplatzbereich G sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Einzäunung zu schaffen.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

1. **Im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 wurden Anregungen vorgebracht, die aus der beigefügten Liste –Anlage 1- ersichtlich wird. Der Gemeinderat beschließt die hier unterbreiteten Abwägungsvorschläge. Darüber hinaus ist für den Richtung See zu verlegenden Kiosk ein Baufenster (12 x 12 m) vorzusehen. Das Pflanzangebot ist entsprechend zu verlängern. Im Rahmen der Umgestaltung des Eingangsbereichs 2 ist das hier festgesetzte Baufenster auf 16 x 20 m zu erweitern. Im Bereich E ist bei den Mobilheimen eine Dachbegrünung vorzusehen. Im Bolzplatzbereich G sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Einzäunung zu schaffen.**
2. **Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der Durchführung der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren (§ 4a Abs. 2 BauGB).**

Sitzung am: Dienstag, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

Anschaffung eines Kommunalfahrzeuges

Anschaffung eines Radladers hier: Auftragsvergabe

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Kleiber** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

**Gemeinderat Theo Vetter** fragt nach der Verwendung der bisherigen Fahrzeuge.

**Gemeinderat Roland Hecker** ist der Meinung, dass bei nur einem Angebot nicht von Wettbewerb gesprochen werden kann.

**Bauamtsleiter Kleiber** informiert, dass der Kommunalgeräteträger in Zahlung gegeben werde, der Radlader werde auf dem Gebrauchtgerätemarkt verkauft.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass sich im Angebotsbereich gegenüber früheren Jahren, in denen Gebietsverträge bestanden haben, wesentliche Verbesserungen ergeben haben.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, den Lieferauftrag für das Kommunalfahrzeug an die Firma Hochstein aus Heidelberg, zur vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 119.107,10 €, zu erteilen.**

**Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, den Lieferauftrag für den Radlader an die Firma Horn aus Oberhausen, zur vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 70.924,00 € zu erteilen.**

**Sitzung am: Dienstag, 26. Juli 2011 Nr. 8 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 9**

**Verlegung der 110 kV Leitung Rheinau-Östringen der EnBW Regional AG auf Gemarkung Rot**

**- Beauftragung Planung Vorzugstrasse**

**- Zustimmung zum Austausch der Masten 207**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er trägt die Beschlussvorschläge laut Verwaltungsvorlage vor und lässt dabei den aktuellen Trassenplan vom 14.07.2011 zur Information auflegen. Er weist darauf hin, dass natürlich auch private Grundstücke überspannt werden können. Bei Neuüberspannungen könne dies nur im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern erfolgen, gesichert durch die Eintragung einer Dienstbarkeit. Man müsse allerdings realistisch sein hinsichtlich der Erfolgsaussichten, weshalb man den letzten Punkt des Beschlussvorschlages entsprechend formuliert habe. Danach werden die Grundstücke für die Maststandorte und diejenigen, die unter der Leitung liegen, der Gemeinde im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens zugeteilt. Wenn die Eigentümer nicht zustimmen, wäre eine Planung erforderlich, der dann entsprechende Zwangsmaßnahmen folgen müssten. Dies werde von der Gemeinde sicher nicht gewünscht.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** verweist auf die ausführliche Diskussion in der Vergangenheit und erklärt, dass seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen könne, zumal die vorgeschlagene Trasse als die beste angesehen wird. Sie sei nicht nur kostengünstiger, sondern betreffe in der Umsetzung die wenigsten Grundstückseigentümer. Er appelliert an die Verwaltung, die Maßnahme schnell durchzuführen, weil die Standfestigkeit einiger Masten nicht mehr gewährleistet ist. Er signalisiert die Zustimmung zu allen vorgelegten Punkten.

Der Beitrag von **Gemeinderat Albert Weinlein** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf vielleicht ein kurzes grundsätzliches Statement für die Fraktion CDU St. Leon-Rot vortragen, bezüglich der Verlegung der 110 kV-Leitung. Die Aufstellung und Unterhaltung von Überlandleitungen ist eine originäre Aufgabe der großen Versorgungsunternehmen. Es gibt ja, wie wir wissen dort, Netzbetreiber, die das unterhalten. Eine Anzahl von zirka 5 bis 6 Anwesen wünscht die 110 kV-Leitung am Ortsrand von Rot auf Kosten der Gemeinde nach außen zu verlegen. Nach der Kostenschätzung des Netzbetreibers geht es voraussichtlich um 856.800 Euro einschließlich der Mehrwertsteuer. Ein Teil der Kosten soll, das sei nur nebenbei bemerkt, durch den Verkauf von Grundstücken finanziert werden. Aber der wesentliche Teil verbleibt bei der Gemeinde St. Leon-Rot. Der Netzbetreiber, eine Tochter der EnBW war und ist nicht bereit, die Masten auf eigene Kosten zu verlegen. Die Betreibergesellschaft war trotz intensiver Verhandlungen nicht einmal bereit, für die Totalerneuerung der 60 Jahre alten Masten wenigstens einen Wertausgleich zu übernehmen dafür, dass wir nagelneue Masten erhalten sollen. Somit liegt es in der Verantwortung des Gemeinderates für so wenige betroffene Bürger soviel Geld aus öffentlichen Steuermitteln auszugeben.

Von Seiten der CDU Fraktion St. Leon-Rot können wir diese völlig wesensfremde Ausgabe in dieser Höhe aus dem Gemeindehaushalt oder aus Gemeindemitteln nicht mitverantworten. Dies aus noch zwei weiteren Gründen:

1. in einem absolut gleichgelagerten Fall im Neubaugebiet St. Leon hat der Gemeinderat die Kostenübernahme abgelehnt und einstimmig entschieden, dass der betroffene Grundstückseigentümer diese selbst tragen muss.

2. insbesondere aus der Mitte der Freien Wähler und der Fraktion Junge Liste / CDU Rot wird regelmäßig die Überschuldung der Gemeindefinanzen oder des Gemeindehaushaltes wie eine Gebetsmühle vorgetragen.

In dem Fall spielt aber die Verschuldung wohl keine Rolle. Die Fraktion CDU St. Leon-Rot wird sich hinsichtlich der Abstimmung enthalten. Da wir aber davon ausgehen, dass der vorgetragene Wunsch eine Mehrheit findet, stellen wir gleichzeitig den Antrag, dass dann aber alle Hochspannungsleitungen im Ortsteil Rot und im Ortsteil St. Leon ebenfalls beseitigt werden.

Der letzte Satz war also sozusagen ein Antrag unter der Annahme, dass der Beschluss so eine Mehrheit fin-



den wird. Dankeschön!“

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** bezieht sich ebenfalls auf die ausführliche Diskussion in der Vergangenheit und erklärt, dass man sicher sei, heute Abend zu einer guten Entscheidung zu kommen. Er stimmt für seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu, zumal eine Verbesserung künftiger Bebauungspläne möglich wird.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** weist darauf hin, dass es nicht nur fünf oder sechs Einwohner betreffe, sondern es vielmehr um die Gemeindeentwicklung gehe. Nur jetzt sei es im Rahmen der Flurneuordnung möglich, die Verlegung der Trasse durchzuführen, später werde dies nicht mehr zu realisieren sein. Deshalb müsse man die Chance ergreifen.

**Kämmereileiter Zorn** geht auf die Aussagen von Gemeinderat Weinlein ein und erklärt, dass die Verwaltung es ausgelöst habe, die Masten zu verlegen. Diese habe die Chance gesehen, durch Verschieben der Trasse Richtung Gewerbepark die Gemeindeentwicklung voranzutreiben. Die Kosten werden überwiegend durch den Verkauf von Grundstücken im Bereich des Birken- und Krokuswegs refinanziert. Er schätze, dass dies zu 75-80 % gelingen werde.

Die Situation in St. Leon sei nicht vergleichbar, weil es dort nur um ein Grundstück gegangen sei, auf dem der Mast gestanden habe. Dieses Grundstück habe von der Gemeinde verkauft werden können, weshalb mit der weiteren Wertsteigerung eine Refinanzierung möglich war.

Eine Beteiligung der EnBW sei jetzt deswegen nicht möglich, weil die Finanzierung durch Netznutzungsentgelte erfolge, die von der Bundesnetzagentur festgelegt werden. Dadurch wäre die EnBW auf den Kosten sitzen geblieben, weil sie diese nicht in die Kalkulation hätte aufnehmen können.

Um Missverständnisse zu vermeiden, weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass sich die EnBW bei den Masten, die ausgetauscht werden, an den Kosten beteilige. Hinsichtlich der weiteren Masten, die durch die Verlegung erneuert werden, sei die EnBW nicht zu einem Entgegenkommen bereit gewesen.

**Gemeinderat Roland Hecker** spricht die Ziele und die Betrachtungsweise der Gemeinde bei neuen Baugebieten an, die derselben Belastung unterliegen. Weiter gehe es um die Refinanzierung, weil es um individuelle Interessen gehe. Seine Fraktion sehe die Chance, die Trasse zu verlegen, nur dadurch gegeben, dass derzeit die Flurbereinigung stattfinde. Wichtig sei der Gesichtspunkt der Gleichbehandlung früherer und jetziger Vorhaben, weil der Gemeinderat mit seiner Verlässlichkeit bürge. Der Gemeinderat schaffe als erste Stufe für künftige Umlagen, dass derartige Kosten nicht mehr angerechnet werden. Die Gemeinde gebe jetzt 860.000 € für zehn betroffene Grundstücke aus. Das sei für seine Fraktion unter dem Blickwinkel höchst bedenklich, dass die Fraktionen der CDU/Junge Liste Rot und der Freien Wähler sonst fehlende Haushaltsmittel anmahnen, hier allerdings großzügig darüber hinweg gehen, was sehr verwunderlich sei. Es sei für seine Fraktion schwierig, die Entscheidung darzustellen, die Gemeindeentwicklung voranzubringen und künftige Umlagen kostenneutral zu behandeln. Mit dieser Entscheidung sei es für die Gemeinde in Zukunft nicht möglich, Verfahren anders zu behandeln wie im vorliegenden Fall. Es handle sich um Geld der Allgemeinheit, mit dem refinanziert werde, auch beim Verkauf von Gemeindegrundstücken. Seine Fraktion habe in der Vergangenheit abgelehnt, dass die Grundstückseigentümer von Beiträgen freigestellt werden. Deshalb begrüße seine Fraktion den Antrag der CDU St. Leon-Rot zu, die in ihrem erweiterten Antrag gewünscht habe, dass das Verfahren auch künftig ähnliche Umlagungsverfahren übertragen wird. Darauf basierend könne seine Fraktion den Beschlusspunkten 1 und 2 zustimmen. Dem Beschlusspunkt 3 könne nicht zugestimmt werden, weil die Finanzierungsbeispiele nicht transparent erscheinen. Die pauschalierte Erklärung der Refinanzierung reiche dazu nicht aus. Hinsichtlich des Beschlusspunktes 4 sei seine Fraktion der Meinung, dass die Gemeinde Eigentümerin der Grundstücke werden solle, die für Masten und Leitungen benötigt werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass die Gemeinderatsvorlage auf dem Beschluss des Gemeinderats vom März 2011 beruhe, als die Verlegung der Trasse sowie drei Alternativen der Finanzierung beschlossen wurden. Zum Ersten der Verkauf der Gemeindegrundstücke, zum Zweiten die Beteiligung der Grundstückseigentümer und der Grundstücke des Gebiets Rot Süd. Kritisch sei das Einbeziehen der Bestandsgrundstücke in die Finanzierung gewesen, was auch abgelehnt wurde. Dies sei der Ausgangspunkt gewesen, auf dem die Gemeindeverwaltung aufgebaut habe. Es sei darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde auf Grund der bevorstehenden Planung ein Kostenangebot erhalten werde, über das der Gemeinderat noch zu beraten und zu entscheiden haben wird.

Auf Nachfrage von **Gemeinderätin Andrea Heim** erklärt **Bürgermeister Dr. Eger**, dass die Planung die genauen Kosten der Verlegung der Masten ergeben werde. Es gehe dabei darum, ob die Überspannungslängen ausreichen oder ob ein weiterer Mast benötigt wird.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** fragt, wo 20 kV-Leitungen bestehen, die die Gemeindeentwicklung beeinträchtigen können.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke** verweist darauf, dass das Thema schon ausführlich besprochen ist und stellt den Antrag auf Abstimmung.

**Gemeinderat Achim Schell** fragt, ob der von seiner Fraktion gestellte Antrag, die 20 kV-Leitungen zu verlegen, bei der Abstimmung einbezogen wird.

Laut **Bürgermeister Dr. Eger** handle es sich bei dem Antrag der CDU St. Leon-Rot um einen Antrag, der erst nach Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Tragen kommen könne. Danach wiederum werde ein neues Thema angesprochen, das in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt werden müs-

se, weil er sehr umfangreich sei. Heute könne nicht darüber entschieden werden, weil es nicht auf der Tagesordnung stehe.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt die einzelnen Beschlusspunkte der Gemeinderatsvorlage zur Abstimmung.

**1. Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte Kostenübernahme-Erklärung für Leistungen der EnBW Regional AG zur Planung und Genehmigung der neuen Trasse der 110-kV-Leitung zu unterzeichnen. Die EnBW Regional AG wird mit der weiteren Planung der Trasse **Rot** in Abstimmung mit der Flurbereinigungsbehörde und der Gemeindeverwaltung beauftragt. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die Trasse **Rot** mit eventuell notwendigen Modifizierungen mit den weiteren zu beteiligenden Behörden (Verkehrsbehörde, Naturschutz etc.) im Hinblick auf ihre Realisierbarkeit abzustimmen.

**2. Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:**

Die Gemeinde St. Leon-Rot stimmt dem seitens der EnBW Regional AG beantragten Austausch der Masten 207 bis 211 zu. Die Masten 208 bis 211 sind dabei nach Möglichkeit entsprechend der Trassenvariante **Rot** vom 14.07.2011 in Richtung des Feldweges beim Alten Wasserwerk zu verlegen. Mast 211 ist dabei als Winkelmast auszubilden, um die vorgesehene Verlegung der Leitungstrasse zu gewährleisten.

**3. Der Gemeinderat fasst mit 14 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:**

Das Ergebnis der Planungen und Abstimmungen mit den notwendigen Behörden soll mit Angabe der Baukosten, möglichst in Form eines Pauschalangebotes, als Grundlage für die durch den Gemeinderat zu treffende Entscheidung über den künftigen Verlauf der neuen Leitungstrasse dienen.

**4. Der Gemeinderat fasst mit 14 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:**

Die Verwaltung und die Flurbereinigungsbehörde werden beauftragt die neue Leitungstrasse im weiteren Flurbereinigungsverfahren zu sichern. Dabei sollen die durch die 110-kV-Leitung belasteten Grundstücke (Maststandorte und Schutzstreifen) künftig nach Möglichkeit im Bereich öffentlicher Flächen bzw. auf Ackergrundstücken im Eigentum der Gemeinde liegen.

Zahlreiche Wortmeldungen signalisieren den Wunsch des Gemeinderates, die Sitzung zu unterbrechen.

Daraufhin unterbricht **Bürgermeister Dr. Eger** die Sitzung und verweist darauf, dass diese am nächsten Tag um 19.00 Uhr an gleicher Stelle fortgesetzt wird.

<b>Sitzung am: Mittwoch, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö</b> <b>Antrag der Freien Wähler zur Errichtung eines Fuß- und Radweges an der Sepp-Herberger-Straße</b> <b>Hier: - Vorstellung Konzeption</b> <b>- Beschlussfassung Vorzugsvariante und weiteres Vorgehen</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 12</b>
---	-------------------------------

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** ruft den Tagesordnungspunkt auf und informiert, dass die FDP-Fraktion einen Änderungsvorschlag unterbreitet habe, der den einzelnen Gemeinderäten überreicht wurde.

**Bauamtsleiter Kleiber** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und verdeutlicht die örtliche Situation mit einer visuellen Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Er weist in der Präsentation darauf hin, dass der Baum- und Buschbestand als Biotop-Grüngürtel ausgewiesen ist.

**Gemeinderat Michael Herling** stellt den Vorschlag der FDP-Fraktion vor. Er geht dabei darauf ein, dass der Weg hinter dem Grüngürtel nicht einsehbar ist. Außerdem sei die Weiterführung des Fuß-/Radwegs nach der Planung unklar. Deshalb beinhalte der Vorschlag seiner Fraktion gleich zu Beginn eine Querungshilfe für Fußgänger, die zum gegenüberliegenden Gehweg führen soll. Für Fahrräder könne der Weg im Bereich der derzeitigen Parkplätze ausgewiesen werden. Seiner Fraktion seien die Kosten mit 100.000 € für 125 m Fuß-/Radweg zu hoch. Außerdem sei das Gefahrenpotential im vorgeschlagenen Bereich nicht so hoch wie z.B. an der Hauptverkehrsstraße. Für die Beurteilung sei auch wichtig, zu wissen, welche Kosten die Variante 1 verursache.

**Bauamtsleiter Kleiber** erklärt zu den Kosten der Variante 1, dass die schätzungsweise die Hälfte der Variante 3 betragen.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass man davon ausgegangen sei, die Parkplätze zu erhalten. Sei man allerdings der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde sei, Parkplätze für Privatleute bereit zu stellen, ändere sich die Situation.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** begründet den Antrag ihrer Fraktion, der darauf gezielt habe, die Situation für Radfahrer in der Sepp-Herberger-Straße zu verbessern. Sie regt an, eine Zugangsmöglichkeit für Radfahrer aus dem Eichenweg heraus zu schaffen. Sie erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zur Realisierung der Variante 3.

**Gemeinderat Walter Götzmann** plädiert für die Variante 1 und stellt in dem Zusammenhang die vorhandenen Stellplätze für die Einwohner der Mehrfamilienhäuser an der Sepp-Herberger-Straße dar. Er erwähnt weiter, dass schräg gegenüber ein öffentlicher Parkplatz für Parkmöglichkeiten sorgt. Deshalb habe sich seine

Fraktion für die Variante 1 entschieden, zumal heute vorgetragen wurde, dass diese nur die Hälfte kostet. Es sei aus grundsätzlichen Überlegungen heraus nicht zu empfehlen, Parkplätze für Privatleute zu schaffen.

**Gemeinderätin Birgit Klemenz** spricht sich nach Abwägung dafür aus, wegen der bei Variante 1 wegfallenden Parkplätze die Variante 3 zu wählen. Es wäre sinnvoll, das Gebüsch auszulichten, um den Radweg besser einsehbar zu machen. Außerdem sollte künftig vermieden werden, dass Parkplätze als Platz für Mülltonnen genutzt werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass das Ausdünnen dort nicht möglich ist, weil der Grünstreifen als Biotop ausgewiesen ist. Falls Variante 1 realisiert werden soll, müssten aus Sicherheitsgründen an der Einmündung Kirrgasse Posten angebracht und der Fuß-/Radweg mit einem Hochbord versehen werden.

**Gemeinderat Roland Hecker** weist darauf hin, dass die Gemeinde wieder mit Steuermitteln Maßnahmen für Privatleute finanziere, zumal bei den Anwesen ausreichend Stellplätze vorhanden sind. Diese Großzügigkeit der Gemeinde lehne seine Fraktion ab. Bei der jetzigen Situation sind ausreichend Stellplätze auf den Anwesen sowie der Parkplatz beim FC Rot vorhanden. Außerdem werde durch die Variante 3 ein nicht einsehbarer Bereich hinter den Büschen geschaffen, was nicht gewollt sein kann, weil ein Risiko geschaffen wird. Für das gefahrlose Erreichen der Schule stehe der Kindergartenweg zur Verfügung. Er plädiert für die Variante 1 mit einer Querungshilfe am Anfangsbereich.

**Gemeinderätin Beate Rössler** spricht sich aus Sicherheitsgründen dafür aus, die Variante 1 zu realisieren. Falls es dort Verkehrsprobleme wegen des Parkens gebe, könnte ein zu schaffender Ordnungsdienst eingreifen.

**Gemeinderat Theo Vetter** schlägt vor, den Fuß-/Radweg zu teilen und punktuell Parkplätze für Besucher der Anwohner auszuweisen. Weiter sind genügend Parkplätze auf dem öffentlichen Parkplatz beim FC vorhanden.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** stellt auf Grund der heutigen Diskussion den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und die Verwaltung damit zu beauftragen, Kosten und Planung der Variante 1 aufzuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

**Auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Eger fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss: Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und die Verwaltung beauftragt, Variante 1 mit Alternativen aufzubereiten und dem Gemeinderat erneut vorzulegen.**

**Sitzung am: Mittwoch, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 13**

**Zuschussantrag des SSV Rot ; Sanierung Dach und An-/Umbau WC Anlage**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert zu einer Aussage von Gemeinderat Geider in der letzten Sitzung, nach der der VfB in den letzten 10 Jahren Zuschüsse in Höhe von 1 Million Euro erhalten haben soll. Dem VfB wurden in den letzten 10 Jahren Zuschüsse inklusive Kunstrasenplatz von 385.710 Euro ausbezahlt.

**Bürgermeister Dr. Eger** spricht die Einordnung des Mehrzweckgebäudes des VfB hinsichtlich des angesetzten Kubikmeterpreises an. Die Überprüfung durch den Ortsbaumeister habe ergeben, dass sich der angesetzte Kubikmeter-Betrag nach dem Baukostenindex der Architektenkammer BW im Rahmen von 213 bis 268 Euro bewegt. Das bedeutet, dass die angesetzten 240 Euro angemessen sind.

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Theo Vetter** spricht sich für die Förderung des Vereins aus und fragt, auf welcher Basis die Hälfte des Aufwandes für die Sanieranlage unberücksichtigt bleibt. Er erinnert an eine Entscheidung in der Vergangenheit, bei der eine Hebeanlage des Tennisclubs St. Leon zu 100 % gefördert wurde. Er gehe davon aus, dass bei den Vereinen Gleichbehandlung praktiziert werde. Wenn begründet werden könne, dass die Hebeanlage keine sanitäre Anlage sei, könne man der Vorlage zustimmen, ansonsten müsse seine Fraktion den Antrag stellen, die sanitären Anlagen des Sportschützenvereins Rot wie auch beim VfB zu 100 % anzuerkennen.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass er davon ausgehe, dass der Gemeinderat von den früheren nicht immer richtigen Ausnahmen wegkommen wolle. Wenn man sich jetzt auf diese früheren Ausnahmen, bei denen zu hundert Prozent bezuschusst wurde, berufe, sei die ganze Diskussion, die im Gemeinderat geführt wurde, ins Leere gegangen.

**Gemeinderat Theo Vetter** weist darauf hin, dass sein Vorschlag bzw. Antrag noch auf der derzeit gültigen Förderrichtlinie beruhe. Erst wenn diese geändert werde, könne sich auch die Praxis der Bezuschussung ändern.

**Bürgermeister Dr. Eger** ist der Meinung, dass man inhaltlich davon überzeugt sein müsse, von den Ausnahmen weg zu kommen, zumal in den Förderrichtlinien nur ein Zuschusssatz von 33 % enthalten ist.

**Gemeinderat Roland Hecker** ist der Meinung, dass die Förderrichtlinien nicht geändert werden müssen. Zu ändern sei die Einstellung, weil der vorliegende Antrag genau den Förderrichtlinien entspreche, weshalb seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimme.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass deswegen nur 50 % angesetzt werden können, weil laut Förderrichtlinie nur dem Vereinszweck dienende Vorhaben bezuschusst werden können. Da die WC-Anlagen auch dem

Gaststättenbereich zuzuordnen ist, werde nur 50% des Aufwandes angesetzt.

**Gemeinderat Adolf Geider** moniert, dass nicht 100 % des Aufwandes angesetzt wurde. Er will Beispiele von früheren Zuschussanträgen, bei denen Sanitärbereiche nicht in vollem Umfang anerkannt wurden. Da seiner Meinung nach dies nicht der Fall ist, erwarte er die volle Anerkennung der angesetzten Aufwendungen des Sportschützenvereins. Andere Handhabung bezeichnete er als Gewurschel und Gemauschel.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist den Vorwurf des Gemauschels und Gewurschels mit deutlichen Worten zurück. Es könne nicht sein, dass Gemeinderat Geider in jeder Gemeinderatssitzung unwahre Behauptungen in der Öffentlichkeit aufstellt, die unter den Vorbehalt der Nachprüfung gestellt werden müssen. Gemeinderat Geider habe in der letzten Gemeinderatssitzung ins Blaue hinein das Gerücht in die Welt gesetzt, dass der VfB in den letzten 10 Jahren eine Million Euro Zuschüsse für Investitionen erhalten habe. Dies habe er jetzt wieder gemacht, indem er die nachweislich unwahre Behauptung in die Öffentlichkeit gebracht hat, dass kein anderer Verein je einen Abzug für seine Sanitäranlagen habe hinnehmen müssen. Diese Aussage sei nachweislich falsch. Er habe keine Lust mehr, jede Aussage von Gemeinderat Geider auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen und diese in der Öffentlichkeit in Anwesenheit der Presse richtig zu stellen, vor allem wenn noch Gemauschel vorgeworfen wird. Dies könne in der Form so nicht weitergehen.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderat Tobias Rehorst** informiert **Hauptamtsleiter Braun**, dass die angesprochene Hebeanlage im Untergeschoss des Clubhauses des Tennisclubs nur für den Sanitärbereich eingebaut wurde und deshalb zu 100 % zuschussfähig war. Er verdeutlicht die Handhabung anhand der Sanitärerweiterungen beim VfB bzw. der SG, wo sogar der erschließende Flur nur zu 50 % als zuschussfähig anerkannt wurde. Er erinnert an die in den letzten Sitzungen geführten Diskussionen zu den Förderrichtlinien, in denen Tenor nach der Aussage der meisten Gemeinderäte war, dass sich die geltenden Förderrichtlinien bewährt haben. Vor diesem Hintergrund sei die heutige Diskussion nicht nachzuvollziehen.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Roman Heger** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Ja Herr Eger, meine Damen und Herren! Also nach der Aussage von Gemeinderatsmitglied, dass eine Million der VfB gekriegt hat und dass festgestellt wurde, dass er es nicht gekriegt hat. Wir haben nach oben noch Luft, also ich kann gucken, dass ich noch ein paar Anträge beikriege. Vielleicht bin ich dann bei einer Million. Jetzt zum vorliegenden Sachverhalt. Zuschussantrag des SSV Rot. Da die Fraktion der CDU St. Leon-Rot noch für die alten Förderrichtlinien ist, nämlich 33% der anfallenden Baukosten als zuschussfähig anzuerkennen, stimmt sie dem Antrag des SSV Rot einstimmig zu.“

Aber einige Anmerkungen möchte ich trotzdem noch machen. In der letzten Sitzung wurde der Bauantrag des VfB St. Leon behandelt, besser gesagt, diskutiert. Dieser Antrag wurde wie man so schön sagt, aufgedrösel. Hier wurde die Kostenaufstellung eines Architekten in Frage gestellt und wurde im Moment nachgereicht durch Bürgermeister Eger. Auch wurde die Summe pro Kubikmeter umbauter Raum für zu hoch eingestuft. In der Diskussion wurde der im Plan eingereichte Verkaufsraum, der angebliche Dachvorsprung, WC-Anlage ebenfalls in Frage gestellt. Aber auch wurde nach dem Freigabeschein des BSB gefragt, dieser jedoch der Verwaltung bereits vorlag. Ist aber dann nachgereicht worden von Herrn Braun. Danach stellte ein Kollege der Jungen Liste den Antrag, den gesamten Antrag nochmals zu überarbeiten, obwohl dieser bereits öfters auf der Tagesordnung stand. Weiteres will ich da jetzt nicht sagen.

Beim Antrag des SSV Rot scheint es eventuell ein bisschen schneller zu gehen. Hier nimmt ein Verein einen Vereinsbogen und schreibt einfach seine Baukosten auf ohne Kostenaufstellung eines Architekten. Des Weiteren wird hier nicht nach dem Zuschussbescheid des BSB gefragt, in diesem Antrag ist es wohl uninteressant. Hier wird nicht nach den Kosten pro Kubikmeter umbauter Raum gefragt. Auch sehe ich hier nicht wie viel Quadratmeter umgebaut werden sollen. Außerdem gibt es hier keinen Antrag auf Vertagung, um genaue Infos für meine Kollegen einzuholen.

Es liegt hier für mich ganz klar auf der Hand, dass hier manche Kollegen mit zweierlei Maß, zitiere Kollege Theo Vetter, gemessen wird. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, sonst wird mir das vorgeworfen, was manche Gemeinderatskollegen die ganze Zeit schon praktizieren.

Aber nochmals: die CDU Fraktion St. Leon-Rot stimmt hier ohne wenn und aber dem Antrag des Schützenvereins Rot zu. Danke!“

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** erklärt, dass die gültigen Förderrichtlinien Basis sind, den Zuschussantrag des SSV Rot zu beurteilen. Erst wenn der Gemeinderat eventuell die Förderrichtlinien ändere, könnte anders verfahren werden. Er stimmt für seine Fraktion der Verwaltungsvorlage zu.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** fragt, ob die Ermittlung des Bauaufwandes von einem Architekten oder von einem Vorstandsmitglied erarbeitet wurde.

**Bürgermeister Dr. Eger** verweist auf die der ursprünglichen Vorlage beigefügten Anlagen 1-3, die von einem Bautechniker erarbeitet wurde.

**Gemeinderat Michael Herling** stellt den Antrag, abzustimmen.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Sportschützenverein Rot wird bei der Sanierung des Daches des 50 m-Schießstandes sowie beim An-/Umbau der WC-Anlage und eines Lagerraums entsprechend den Förderrichtlinien gefördert.**

**Von den für die WC-Anlage anfallenden Kosten werden 50 % als zuschussfähig anerkannt; der zuschussfähige Gesamtaufwand beträgt 45.950 €**

Nach den Förderrichtlinien wird ein Zuschuss von 33 % des zuschussfähigen Aufwands, maximal 15.170 € gewährt.

Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2012 bereitzustellen.

<b>Sitzung am: Mittwoch, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 14</b>
<b>Antrag auf Änderung der Veröffentlichung der Gemeinderatsniederschriften</b>	

#### **Ausführungen und Beschluss:**

**Hauptamtsleiter Braun** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Tobias Rehorst** begründet den Antrag der Freien Wähler damit, dass eine zeitnahe Veröffentlichung die Transparenz für die Bürgerschaft erhöhen sollte. Die Ausarbeitung der Verwaltung hat gezeigt, dass dies nicht möglich ist, weil Niederschriften erst von den Urkundspersonen zu unterzeichnen sind, die auch Zeit benötigen. Weiter sollte die inhaltliche Richtigkeit der Protokolle verbessert werden, was wegen der Beweiskraft des Protokolls erforderlich ist. Deshalb sei die Absicht, das Protokoll an die Fraktionsvorsitzenden zu senden, eine Verbesserung, weil mehr Personen Kenntnis nehmen. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu Alternative 1, weil Alternative 2 zuviel Aufwand verursachen würde.

**Gemeinderat Gerhard Häffner** spricht sich dafür aus, die bisherige Regelung beizubehalten. Es bestehe jederzeit die Möglichkeit, sich als Zuhörer in der Sitzung aus erster Hand zu informieren. Für die Anderen reiche es seiner Meinung nach aus, wenn die Protokolle zeitnah veröffentlicht werden. Auf das Verlesen der Niederschrift sollte genauso verzichtet werden wie auch das Protokollieren von Wortbeiträgen. Seine Fraktion unterstütze auch den Antrag der SPD-Fraktion in der letzten Sitzung, die Redezeit zu begrenzen.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** spricht sich dafür aus, die Bürgerschaft nach wie vor zeitnah über die im Gemeinderat behandelten Themen zu informieren. Nachdem eine weitere Beschleunigung nicht möglich ist, plädiere er dafür, künftig nach der Alternative 1 zu verfahren.

**Gemeinderat Rudi Heger** sieht keinen Bedarf, die Handhabung für die Veröffentlichung der Protokolle zu ändern, wenn sich die Urkundspersonen beim Unterzeichnen beeilen. Das Versenden der Niederschriften an die Fraktionsführer bedeute wieder mehr Aufwand für die Verwaltung.

Auch **Gemeinderätin Andrea Heim** sieht keinen Bedarf, die bisherige Handhabung zu ändern. Verzögerungen gebe es nur, wenn ein Gemeinderat wegen Urlaub o.ä. nicht anwesend ist. Dies könne man organisatorisch auffangen. Das Übersenden der Niederschriften an die Fraktionsvorsitzenden könne in manchen Fällen hilfreich sein, belaste aber auch die Betroffenen. Auch die Reduktion der Wortbeiträge würde zur Verbesserung beitragen.

Auf Fragen von **Gemeinderat Walter Götzmann** informiert **Hauptamtsleiter Braun**, dass das Abgabedatum des Protokolls an die Urkundspersonen festgehalten wird. Die Rückgabe wird insofern überwacht, als nach gewisser Zeit bei den betroffenen Urkundspersonen nachgefragt und um Rückgabe gebeten wird.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** informiert, dass eine Unrichtigkeit bei der Besetzung eines Ausschusses dazu geführt habe, diesen Antrag zu stellen. Er sei der Meinung, dass solche Korrekturen auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen sind. Wenn dies nicht der Fall ist, könne seine Fraktion mit der bisherigen Regelung leben.

**Bürgermeister Dr. Eger** bestätigt, dass das Thema Niederschrift eine sensible Angelegenheit sei, die bisher immer im Einvernehmen mit dem Gemeinderat behandelt worden ist. Es sei aber richtig, dass die Urkunde erst dann veröffentlicht werden kann, wenn sie durch das Unterzeichnen durch die Urkundspersonen zur Urkunde geworden ist. Er stellt fest, dass Korrekturen veröffentlicht werden, wenn diese im Gemeinderat beschlossen werden.

**Der Gemeinderat fasst mit 14 Ja-Stimmen, bei 8 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:**

**§ 33 der Geschäftsordnung des Gemeinderats vom 28. 8. 1991 erhält folgenden Wortlaut:**

#### **§ 33 Anerkennung der Niederschrift**

- 1) Die Niederschrift ist in der Regel in der nächsten Sitzung, spätestens innerhalb eines Monats, durch Auflegen zur Kenntnis der Gemeinderäte zu bringen. Über hierbei gegen die Niederschrift eingebrachten Einwendungen entscheidet der Gemeinderat.
- 2) Die Fraktionssprecher erhalten eine Kopie der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats.

-§ 38 Abs. 2 GemO-

<b>Sitzung am: Mittwoch, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 15</b>
<b>Verschiedenes</b>	

#### **Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass die IHK bei den örtlichen Gewerbebetrieben eine Umfrage durchgeführt hat, die inzwischen ausgewertet ist. Die mit Beteiligung der IHK vorgesehene Vorstellung im Gemeinderat folge nach den Sommerferien.

<b>Sitzung am: Mittwoch, 27. Juli 2011 Nr. 8 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 16</b>
<b>Wünsche und Anfragen</b>	

#### **Ausführungen und Beschluss:**

**Gemeinderat Karl Ittensohn** spricht das Radwegenetz insbesondere im Bereich hinter der Leo- und der Roter Straße an. Dort wachse inzwischen der Mais sehr hoch. Dies trage dazu bei, dass die Kreuzung der Radwege mit anderen Straßen unübersichtlich ist. Dadurch seien schon gefährliche Situationen und Unfälle passiert. Er bittet, die Situation durch entsprechende Maßnahmen zu entschärfen. Dies sei auch bei dem schon früher behandelten Thema der Zufahrt bei der Fa. Taxi Steger angesprochen worden.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass der hochgewachsene Mais dazu beitrage, dass vorsichtig gefahren wird. Ergriffene Maßnahmen wie das Abmähen des Maises werden dazu beitragen, die Gefährlichkeit zu erhöhen, zumal das Befahren mit Kfz verboten ist. Maßnahmen würden diesen verbotenen Verkehr noch fördern.

**Gemeinderat Albert Weinlein** wiederholt den gestern bei dem Thema 110 kV-Leitung gestellten Antrag seiner Fraktion, wonach alle 20 kV-Leitungen, die in Wohnernähe sind, mit in die Beseitigung einbezogen werden. Der Sachverhalt soll in die Tagesordnung zur Beschlussfassung aufgenommen werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass der Antrag bereits berücksichtigt ist.

**Gemeinderat Theo Vetter** informiert, dass am Anfang der Bahnhofstraße öfters ein Klein-Lkw auf dem Gehweg parke, so dass für Fußgänger kein Vorbeikommen mehr sei. Er bittet um kurzfristige Abhilfe.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass er mindestens 100 genauso gefährliche und unzumutbare Stellen nennen können, die der Abhilfe bedürfen. Es sei nicht möglich, in den Fällen kurzfristig abzuwehren. Wenn dies beabsichtigt sei, müsse der Gemeindevollzugsdienst vom Gemeinderat beschlossen werden. Es bedürfe eines geordneten Vorgehens durch den Gemeindevollzugsdienst.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** weist hinsichtlich seiner ersten Wortmeldung darauf hin, dass es eventuell möglich werde, dass das Einbringen der Pfosten bei der Zufahrt Leostraße bzw. auf der zweiten Brücke, den Verkehr reduziere.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass das Thema bereits im Gemeinderat behandelt wurde und deshalb nochmals von dem Gremium zu entscheiden wäre.

**Gemeinderätin Andrea Heim** berichtet, dass Fahrradfahrer auf der Zufahrtsstraße zur Kläranlage teilweise abgedrängt werden. Sie schlägt vor, diese Straße breiter zu machen, um dies zu vermeiden.

**Bürgermeister Dr. Eger** befürchtet, dass eine Verbreiterung der Zufahrtsstraße dazu führen werde, dass höhere Geschwindigkeiten gefahren werden und dass die Radfahrer nach wie vor gefährdet sind.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke** bemerkt zu zwei Tagesordnungspunkten, die am gestrigen Abend behandelt wurden, dass diese nur Allgemeinplätze umfassen, keine Lösungsansätze enthielten und außerdem viel Geld kosteten. Die Daten könne man sich aus dem Internet beschaffen, so dass die Ausarbeitungen vollkommen wertlos waren.

**Bürgermeister Dr. Eger** führt aus, dass auf die Kommune vielfältige Zuschussmöglichkeiten einströmen, von denen sie bisher kaum Gebrauch gemacht hat. In den beiden Punkten habe sie Förderprogramme in Anspruch genommen, weshalb der Einsatz von Mitteln der Gemeinde sehr gering war. 90 % habe die EU bzw. der Bund gefördert. Die dabei gemachten Erfahrungen werden künftig in die Handlungsweisen der Gemeinde einfließen.

**Gemeinderat Roman Heger** stellt den Antrag, die Weihnachtsgeschenke und das Weihnachtsessen als Spende zur Linderung der Hungersnot in Ostafrika zu verwenden. Der aus dem Gremium angeregte Gemeinderatsausflug kann laut **Bürgermeister Eger** nicht einbezogen werden, weil er für dieses Jahr bereits organisiert ist. Außerdem müsse über diesen Antrag im Gemeinderat beraten und entschieden werden. Er schlägt vor, im Rahmen der Haushaltsberatungen über dieses Thema zu reden, zumal gerade bei den Präsenten der Empfängerkreis über die Gemeinderäte hinausgehe. Er informiert, dass er einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werde.

**Gemeinderat Achim Schell** geht nochmals auf die Situation auf den Feldwegen ein und erklärt, dass das Thema bereits behandelt wurde. Damals sei der Pfosten bei der Fa. Taxi - Steger abgelehnt worden, weil sonst die umliegenden Straßen stärker belastet worden wären.

Er spricht weiter die gefahrenen Geschwindigkeiten auf der Straße an der Autobahn an, was durch die Unterordnung einer Seitenstraße noch gefördert werde. Er schlägt vor, dort rechts vor links Regelungen einzuführen, um die gefahrene Geschwindigkeit zu mindern.

**Bürgermeister Dr. Eger** schlägt vor, in dem Bereich mit Geschwindigkeitskontrollen zu beginnen.

**Gemeinderat Walter Götzmann** spricht die Spargelroute an, die durch die Spargelgemeinde führe. Es seien nur zwei Schilder angebracht und er bittet zu prüfen, ob diese Beschilderung verbessert werden kann.

**Bürgermeister Dr. Eger** sagt zu, dass die Verwaltung nachhaken werde.



**Gemeinderat Theo Vetter** bezeichnet die Beschilderung an der Straße an der Autobahn als unlogisch, weil einmal rechts vor links gelte, ein anderes Mal nicht. Außerdem seien Schilder zugewachsen.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass der angesprochene Einmündungsbereich sehr unübersichtlich ist und deswegen die Beschilderung vorgenommen wurde. Freigeschnitten werde auf jeden Fall.

-/-